

# Gedenkkonzept Berliner Mauer

## Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen

vorgestellt bei der Veranstaltung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am 18. April 2005 im Abgeordnetenhaus von Berlin

### 1. Anlass und Gegenstand

Auch mehr als 15 Jahre nach der Öffnung am 9. November 1989 und der späteren zügigen Abtragung der DDR-Grenzanlagen zum Westteil Berlins, die dort in Gestalt der sogenannten Vorderlandmauer wahrgenommen wurden, ist die „Berliner Mauer“ in ihren heute noch erhaltenen Spuren und in ihrem topografischen Verlauf *das* zentrale Objekt des zeitgeschichtlichen Interesses. Wie an keinem anderen materiellen Zeugnis der Vergangenheit lässt sich die Nachkriegsentwicklung Berlins, die Teilung der Stadt, Deutschlands und Europas und deren Überwindung im Berliner Stadtraum selbst erinnern.

Die Berliner Mauer symbolisierte die weltweite Blockkonfrontation im Ost-West-Konflikt und offenbarte dabei unübersehbar die strukturellen Schwächen eines autokratisch-kommunistischen Gesellschaftssystems, das seinen Bürgerinnen und Bürger jahrzehntelang elementare Menschenrechte vorenthielt. Die Mauer war nicht nur das hässliche Äußere einer ansonsten menschenfreundlichen Gesellschaft, sie war konstitutiver Bestandteil eines Herrschaftssystems, das zu keinem Zeitpunkt auf die Repression nach innen verzichten konnte. Als die Mauer fiel, fiel auch das politische Herrschaftssystem in sich zusammen. Die Mauer bleibt das Symbol politischer Unterdrückung in der DDR und im gesamten Ostblock. Mit ihrer friedlichen Überwindung von Osten her wurde die überwundene Mauer zugleich zum Symbol einer in der deutschen Geschichte beispiellos erfolgreichen Demokratie- und Freiheitsbewegung.

Eine von Menschen errichtete monströse Grenzanlage, an der Menschen auf Menschen schossen, eine solche Grenze konnte auf Dauer nicht geduldet werden, sie wurde von Menschen unerwartet und friedlich überwunden: daran lassen sich epochale Umbrüche begreifen.

Obgleich in Berlin bereits eine Vielzahl von Bemühungen unternommen wurde, an die Berliner Mauer zu erinnern, offenbarten die öffentlichen Diskussionen im Umfeld des 15. Jahrestages der Maueröffnung im Herbst 2004 Defizite der Erinnerungspolitik auf verschiedenen Ebenen.

Wie jedes historische Gedenken, war auch der Umgang mit der Mauer in den letzten 15 Jahren selbst historisch-politisch geprägt, insbesondere durch den weithin unaufgelösten Zwiespalt, die sichtbaren Spuren der Teilung beseitigen und dennoch im öffentlichen

Raum an die Teilung und ihre Überwindung erinnern zu wollen. „Gerade wegen ihrer verhassten Allgegenwart wurde die monströse Grenzabspernung im Zuge des demokratischen Aufbruchs durchbrochen und im Vereinigungsjahr 1990 so gründlich abgerissen und entsorgt, dass die verbliebenen Reste nur noch mit Mühe zu finden sind. Anderthalb Jahrzehnte danach wird dem Projekt Mauerabrisss jedoch sein eigener Erfolg zum Verhängnis, und die erfüllte Entsorgungsforderung schlägt um in den Wunsch nach dem authentischen Erinnerungsort, der den verfliegenen Schrecken der Mauer fassbar macht.“ (Jarusch u.a.) Im Maße des historischen Abstandes ist mittlerweile die Einsicht gewachsen, dass von der Berliner Mauer zu viel und zu undurchdacht abgetragen wurde. Erneut wurde dies ins Gedächtnis gerufen als kürzlich der Vorschlag unterbreitet wurde, die verbliebenen Reste der in die Tiefe gestaffelten Grenzanlagen auf die Weltkulturerbeliste der UNESCO zu setzen.

Die Debatte des Jahres 2004 wurde insbesondere auch von privater Seite angestoßen. Tourismusunternehmen beobachten ein anhaltendes zeitgeschichtliches Interesse der Berlin-Besucher, dem jedoch keine adäquaten Informationsangebote öffentlicher Institutionen gegenüberstünden. Die Gedenkstätten und historischen Einrichtungen Berlins, insbesondere das Dokumentationszentrum Berliner Mauer an der Bernauer Straße, werden dadurch neu herausgefordert, ihre Arbeit selbstkritisch zu reflektieren, die bereits vorhandenen Angebote besser zu vermitteln, sie stärker zu vernetzen und besucherfreundlicher zu gestalten. Es bieten sich Kooperationen mit den Tourismusunternehmen und neu entstandenen privaten Anbietern medialer Geschichtsvermittlung an, wie z.B. den VideoBus-Touren zur Berliner Geschichte.

Anstöße gingen auch von der kontrovers diskutierten Aktion des privaten Museums Haus am Checkpoint Charlie aus, dessen Leiterin auf den inzwischen privaten Grundstücken des ehemaligen Grenzübergangs ein als temporäre Kunstaktion deklariertes Mahnmal zum Gedenken an alle zu Tode gekommenen und getöteten Flüchtlinge an den deutsch-deutschen Grenzen errichten ließ. Historischer Ort, Mauermuseum und Mahnmal haben sich zum touristischen Magneten entwickelt. Die Installation wirft die Frage nach dem sachgerechten Zusammenhang von ‚authentischem‘ Ort, Information/Dokumentation und Gedenken auf. Am Checkpoint Charlie wird dieser Zusammenhang simuliert. Aus rechtlichen, städtebaulichen und gedenkstätten- und denkmalpolitischen Gründen kann diese Gestaltung keine Dauer beanspruchen.

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatten berief der Berliner Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur im Sommer 2004 eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern der Senatsverwaltungen für Kultur, für Stadtentwicklung, der Senatskanzlei, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart, dem Verein Berliner Mauer und weitere Partner und initiierte ein Verfahren

zur Erarbeitung eines Gedenkkonzeptes Berliner Mauer, deren Zwischenergebnisse hier vorgestellt werden.

Ausgangspunkt der Überlegungen war, dass die Berliner Mauer kein auf einen bestimmten Ort hin isolierbares Phänomen darstellt: die Berliner Mauer teilte die ganze Stadt, schnitt den Westteil von seinem Umland ab. In Berlin hat sich deshalb in den 90er Jahren, in Anlehnung an die historischen Erfahrungen der Menschen, die jahrzehntelang mit der Mauer leben mussten, die Erinnerung mit sehr verschiedenen Orten und mit dem Mauerverlauf insgesamt verbunden. Dieses dezentrale, topographische Erinnern an die Mauer ist in vielem fragmentarisch geblieben und bedarf der Überarbeitung. Die geschichtspolitische oder auch nur touristische Konzentration des Themas Berliner Mauer oder gar aller deutsch-deutschen Grenzen auf einen einzigen Ort und noch dazu auf den Bereich des früheren Checkpoint Charlie widerspricht gerade diesen deutschen und speziell Berliner Erfahrungen.

Dennoch sind die Defizite der derzeitigen Situation nicht zu übersehen. Es gilt diese zu benennen und zu beheben. Auf der elementaren Ebene betrifft dies die denkmalpflegerische Sicherung der nach 15 Jahren Mauerabbruch noch vorhandenen Spuren. Daran knüpfen sich die Fragen, wie und welche dieser Reste und Spuren wahrnehmbar und deutbar gemacht und wie die vielen bereits vorhandenen Informationen vor Ort, die eher fragmentarischen Charakter haben, in einen Kontext gebracht werden können. Schließlich stellt sich aus dieser Gesamtperspektive die Frage nach möglichen Leerstellen: welche Themen und Informationen fehlen im jetzigen, durch verschiedene Initiativen, Institutionen und Akteure realisierten (impliziten) Gedenkkonzept? Wie verhalten sich Informationsangebote vor Ort und Gedenkstätten- bzw. Museumsarbeit, wie private und öffentliche Träger zueinander?

Das führt andererseits auf die Frage, ob es ein zusammenfassendes explizites Gesamtkonzept überhaupt geben kann und soll, bzw. wie die verschiedenen Ansätze und Sichten in eine offene Struktur integriert werden können. Die aktuellen Kontroversen sollten dabei nicht verdrängt und die überlieferten Reste und Spuren, aber auch deren historische Deutungen als Material auch für zukünftigen, Geschichte aneignenden Gebrauch bewahrt werden.

Es war ebenso ein zentraler Ausgangspunkt der Überlegungen, die Gedenkstätte und das Dokumentationszentrum Berliner Mauer an der Bernauer Straße in ihrer Arbeitsfähigkeit zu stärken, sowie weitere Orte, insbesondere im Umkreis des Deutschen Bundestages, in ein solches Konzept einzubeziehen, und deren Vernetzung und Vermittlung der Informationsangebote auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Erinnerung an die an der Berliner Mauer verletzten und ums Leben gekommenen Menschen und die historische Aufklärung der Umstände, die zur Errichtung, der 28jährigen Existenz und der Überwindung der Mauer führten, müssen integraler Bestandteil des Gedenkkonzeptes sein.

In diesem Sinne argumentieren auch die folgenden parlamentarischen Initiativen im Umfeld des Jahrestages im Herbst 2004:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus fordern in ihrem Antrag vom 11. November 2004 „Die Teilung Berlins und die Erinnerung an ihre Opfer im Stadtbild wach halten“ ein „Gesamtkonzept der Dokumentation der Berliner Mauer als Zeugnis der Teilung Berlins zu entwickeln, in dem die vorhandenen authentischen Mauerzeugnisse dauerhaft gesichert, sichtbar und verstehbar gemacht werden.“ In einem Diskussionsprozess soll geklärt werden, „ob und an welcher Stelle ein zentrales Denkmal für die an der Mauer getöteten Menschen errichtet werden soll.“ (Drs. 15/3379)

Der fraktionsübergreifende Antrag von Mitgliedern des Deutschen Bundestages vom 9. Dezember 2004 bestimmt das „Gelände um das Brandenburger Tor als Ort des Erinnerns an die Berliner Mauer, des Gedenkens an ihre Opfer und der Freude über die Überwindung der deutschen Teilung“. Auch sie fordern ein „Gesamtkonzept zur Dokumentation und Erinnerung an die Berliner Mauer sowie ihre lokal- wie gesamtpolitischen, individuellen wie gesellschaftlichen Folgen“. Im Umkreis des Brandenburger Tores sei kein Denkmal oder Mahnmal, sondern „ein Ort für die Information über und die Erinnerung an die Berliner Mauer, die Auseinandersetzung mit ihren Folgen, des Gedenkens an ihre Opfer und der Freude über die Überwindung der deutschen Teilung zu gestalten.“ (Drs. 15/?)

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus fordert in ihrem Antrag vom 11. November 2004 ein „Gesamtkonzept zur öffentlichen Darstellung und Aufarbeitung der jüngsten Deutschen Zeitgeschichte in der Hauptstadt Berlin“. Sie verbindet die Forderung nach der Prüfung der „Möglichkeiten zur Wiederherstellung von markanten historischen Orten und die Erweiterung von Dokumentationszentren“, insbesondere hinsichtlich des „Informationsbedürfnis(ses) der Berliner und der nationalen und internationalen Besucher über Dimension und Verlauf der Berliner Mauer im Herzen Berlins“, die „Vernetzung der bestehenden Angebote und eine bessere Erschließung“, die „Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Einrichtungen und privaten Initiativen“ mit einem vom Berliner Senat zu konzipierendem zeitgeschichtlichen Gesamtkonzept zur „Gewaltherrschaft der beiden deutschen Diktaturen“ (Drs. 15/3378). Ähnlich argumentieren Manfred Wilke und Hubertus Knabe in ihrem Diskussionsbeitrag.

Die hier vorgelegte Gedenkkonzeption Berliner Mauer konzentriert sich aus nachvollziehbaren Gründen auf den Umgang mit den Spuren der deutschen Teilung im Berliner Stadtraum. Sie ist nicht identisch mit dem noch auszuarbeitenden Konzept für die Aufarbeitung der Gesellschaft der DDR und ihrer politischen Strukturen, darunter der Sicherheits- und Repressionsapparate der SED-Herrschaft. Für die Berliner Orte des Gedenkens und Erinnerns an die politische Unterdrückung in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR werden Bundesregierung und Berliner Senat in einem gesonderten Verfahren

eine Neuordnung der Gedenkstättenlandschaft erarbeiten und öffentlich zur Diskussion stellen.

Gleichwohl sind die Bezüge zu den hier nicht bearbeiteten Gedenkortern unverzichtbar und müssen immer mitgedacht werden. Dazu gehören beispielsweise die Gedenkstätte der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen als ein Ort, an dem an die Folgen geplanter und gescheiterter Fluchtversuche erinnert wird. Oder die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde als ein Ort, der sich mit erfolgreichen Fluchten bzw. genehmigten Ausreisen verbindet. Beide Gedenkstätten stehen in einer engen Korrespondenz zu den Orten des Mauergedenkens und sind Bestandteil der Geschichte, die an diesen Orten zu erzählen und auf die ausdrücklich hinzuweisen ist. Gleiches gilt für andere Orte des Machtapparates der SED-Diktatur (insbesondere der ehemaligen Stasizentrale im Haus 1 der Normannenstraße) und ihrer späteren Überwindung, an denen sich Bezüge zur innerstädtischen Grenze in Berlin herstellen lassen.

Angesichts der durch den Bund vollzogenen Überführung der Behörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur in den Geschäftsbereich der Beauftragten für Kultur und Medien ergeben sich hinsichtlich der noch engeren Kooperation mit den entsprechenden Gedenkstätten eine Reihe wissenschaftlicher, institutioneller und didaktischer Fragestellungen, die noch eingehender Erörterungen und Abstimmungen bedürfen.

Diese Konzeption für die Erinnerung an die Berliner Mauer konzentriert sich auf die Aspekte der Erinnerung an die deutsche Teilung im öffentlichen Stadtraum Berlins und stellt insofern einen Baustein für das zukünftige Gesamtkonzept dar. Das Konzept ist grundsätzlich offen gegenüber zukünftigen neuen Fragestellungen anzulegen. Es zielt nicht auf eine abschließende Interpretation, sondern 1. auf die Sicherung vorhandener Orte und Spuren, 2. auf die Benennung und Überwindung von Informationsdefiziten an den jeweiligen Orten sowie 3. auf die Stärkung des topografischen und Bedeutungszusammenhangs der Orte in ihrer jeweiligen Spezifik.

Der Berliner Senat stellt sich der historischen Verantwortung und der Auseinandersetzung mit dem Erbe der deutschen Teilung. Der vom Senat initiierte Arbeitsprozess und diese Gedenkkonzeption Berliner Mauer bezeugen dies. Dabei hat der heutige Senat von den Resultaten vorangegangener Politik auszugehen. Die heutigen Orte der Erinnerung an die Berliner Mauer und des Gedenkens an ihre Opfer im Berliner Stadtraum, ebenso wie die derzeitige Situation der Gedenkstätten zur Erinnerung an die politische Unterdrückung in SBZ/DDR, sind das Ergebnis einer Politik, die mehr als ein Jahrzehnt auf Landes- und Bundesebene von der CDU dominiert wurde. Auch das Mauergrundstücksgesetz, die erfolgten und kaum noch rückgängig zu machenden Grundstücksverkäufe wie am Checkpoint Charlie und die Entschädigungsregelungen für politisch Verfolgte in der DDR sind von der damaligen Bundesregierung zu verantworten. Wenn die Berliner CDU heute

fordert, „die Verfügbarkeit stadträumlicher Freiflächen und deren Nutzung sind ... ausreichend zu berücksichtigen“, dann fordert sie heute etwas, was sie gestern unterlassen hat. Insbesondere betrifft dies die neuerliche Forderung, das Grundstück am Checkpoint Charlie zurückzuerwerben. Es war der CDU-geführte Senat, der genau dieses Grundstück für den Bund veräußert hatte und die strategische Entscheidung für die Bernauer Straße mitgetragen hatte. Für eine ehrliche Debatte über das zukünftige Gedenken an die Mauer im Berliner Stadtraum ist deshalb eine kurze Vergegenwärtigung des Umgangs mit der Mauer seit 1989/90 unerlässlich.

## 2. Vorgeschichte (Erinnerungspolitik 1989/90 bis 2005)

### „Die Mauer muss weg“

Aus gesamtdeutscher und internationaler Perspektive wird der *Mauerfall* als *der* symbolische Moment der Zeitenwende wahrgenommen. Das Öffnen und spätere Abtragen der Mauer wurde wie ein permanenter revolutionärer Denkmalsturz erlebt und inszeniert. Dabei muss zunächst konstatiert werden, dass es im Rahmen der vorangegangenen Demokratiebewegung in der DDR keine Denkmalstürze gegeben hatte. Der revolutionäre Akt der DDR-Bevölkerung war die Konstituierung, die Rückgewinnung des öffentlichen Raums - der Stadt, der Medien, der Politik: durch Demonstrationen und Versammlungsöffentlichkeit, Glasnost in Kultur und Medien und durch neue Parteiengründungen. Statt politische Denkmäler zu stürzen, wurden vielmehr die verbotenen Zonen betreten, die Zentralen des Ministeriums für Staatssicherheit belagert und die Sicherung und Herausgabe der Akten der Geheimpolizei gefordert, das Machtmonopol der SED gebrochen.

Mit der, den Druck auf die bedrängte DDR-Führung ablenkenden Öffnung der Berliner Mauer, wurde die endlich gewährte freie Passage der Grenze von Osten her, die Begegnung von Ost und West auf der Mauer am Brandenburger Tor, zugleich die Verbrüderung mit den Grenzsoldaten, die schrittweise Herstellung neuer innerstädtischer Grenzübergänge und schließlich der systematische Abbruch der Mauer in den nächsten Monaten der zentrale symbolische Vorgang. Er lenkte sogleich die Demokratiebewegung in Richtung staatliche Einheit, überschrieb die Losung „Wir sind das Volk“ mit „Wir sind ein Volk“.

Ost und West, Medien, Öffentlichkeit und Politik waren sich 1989/1990 und in den Folgejahren zunächst einig: Die Mauer muss so schnell wie möglich weg. Senat und Bezirksämter wetteiferten damit, gerade im öffentlichen Bereich an Straßen, Brücken und Plätzen die Mauer zu beseitigen und die Grenztruppen der DDR zeigten ihre Leistungsfähigkeit nun im Abräumen der unüberwindbaren Grenze, die mitten durch eine Millionenstadt führte. „Mit der gleichen Gründlichkeit, mit denen sie die Mauer 28 Jahre lang bewacht hatten, gingen die DDR-Grenztruppen, seit dem 3. Oktober dem Bundeswehrkommando

Ost unterstellt, nun bei ihrem Abriss zu Werk. Schon am 30. November 1990 meldeten sie Vollzug.“ (Jaraus u.a.) Die von westlicher Seite in bestimmten Stadtteilen als längste Leinwand der Popkultur erlebbare Mauer wurde schließlich filetiert, ausdrucksstark bemalte Segmente zugunsten denkmalpflegerischer und sozialer Aufgaben weltweit verkauft. Der Rest der Mauer wurde der Rohstoffverwertung zugeführt.

Wir haben also zunächst den interessanten Vorgang, dass die Mauer erst mit ihrer Überwindung und ihrem Abriss, mit ihrem Verschwinden als Denkmal, als ungewolltes Denkmal, wahrgenommen und begriffen wurde. Es schien so, als ob nur der permanente und vollständige Mauerabbruch (psychologisch und staatspolitisch) die Unumkehrbarkeit des historischen Prozesses garantieren konnte. In kurzer Zeit haben die Menschen in Ost und West ihre unterdrückten, auf die Mauer und ihre Überwindung projizierten Wünsche aktualisieren und zugleich mit dem sichtbaren Mauerabbruch bearbeiten können. Mauersechte und systematischer Mauerabbruch verbürgten auf doppelte Weise die Zeitenwende. Dieser Vorgang eignete sich vorzüglich als symbolisches Material für den Gründungsmythos der neuen deutschen Einheit. In der Tradition der Silvesterfeier 1989 auf dem noch unbebauten Pariser Platz finden alljährlich bis zu eine Million Menschen am Brandenburger Tor zusammen.

War bereits die Mauer (mit Aussichtsplattformen, Mauerbemalung und dem Besuch in Ost-Berlin) *das* touristische Faszinosum West-Berlins, wurde die Zeit des Mauerabbruchs, den man sehen und an dem man buchstäblich mitwirken konnte, dessen absolute Steigerung.

Parallel zum systematischen Mauerabbruch zieht sich die Linie der Bemühungen zur Bewahrung von Mauerresten als notwendiger zeitgeschichtlicher Zeugnisse einer gerade erst überwundenen Epoche. Denkmalschützer, Museumsleute und Historiker stemmten sich seinerzeit gegen den Trend, alle Spuren der Mauer restlos zu beseitigen.

Anknüpfend an einen Beschluss des Rundes Tisches Berlin-Mitte plädierten das Deutsche Historische Museum (DHM) und das Museum für Deutsche Geschichte im Frühjahr 1990 für den Erhalt der Mauer an der Bernauer Straße und die Errichtung einer Gedenkstätte. Der Ost-West-Regionalausschuss Kultur drängt im Sommer 1990 auf die Bewahrung der Mauer in der Niederkirchnerstraße. Der Ost-Berliner Magistrat beschloss schließlich am 4. Oktober 1990 die Grenzmauerabschnitte an der Bernauer Straße, der Niederkirchnerstraße und am Invalidenfriedhof unter Denkmalschutz zu stellen.

Mit dem Kunstprojekt „Die Endlichkeit der Freiheit“ (1990) wurden bereits frühzeitig Ansprüche und Möglichkeiten einer künstlerischen Auseinandersetzung mit dem historischen Wandel durch damals temporäre Installationen im Berliner Stadtraum demonstriert. In die Zeit des Mauerabbruchs datieren auch die ersten Überlegungen, die Spur der Berliner Mauer im öffentlichen Stadtraum nachzuzeichnen, die Erinnerung an die tren-

nende Grenze in der sich dynamisch vereinigenden Stadt aufzuheben. Temporäre oder dauerhafte künstlerische Gestaltungen und Markierung des früheren Grenzverlaufs wurden später wieder aufgegriffen.

## Gedenkstätte und Dokumentationszentrum Berliner Mauer an der Bernauer Straße

Bereits am Runden Tisch 1990 wurden vom Pfarrer der Sophiengemeinde, Johannes Hildebrandt, und dem Pfarrer der Versöhnungsgemeinde, Manfred Fischer, die Schaffung einer Gedenkstätte an dieser Stelle angeregt. Die beiden historischen Museen (Deutsches Historisches Museum und Museum für Deutsche Geschichte) und die beiden Berliner Stadtoberhäupter betrieben seit Frühjahr 1990 die Errichtung einer Gedenkstätte in der Bernauer Straße. Der entsprechende Senatsbeschluss vom 13. August 1991 aus Anlass des 30. Jahrestages des Mauerbaus befürwortete die Errichtung einer Erinnerungs- und Gedenkstätte an die Mauer und ihre Opfer. Dazu gehörte die Rekonstruktion der Tiefenstaffelung und die Erhaltung der noch vorhandenen Teile des Grenzstreifens. Nutzungsberechtigter wurde das Deutsche Historische Museum. Wegen schwieriger eigentumsrechtlicher Auseinandersetzungen und konkurrierender Nutzungsansprüche (Friedhof vs. Gedenkstätte) kann erst im Oktober 1993 eine Vereinbarung zwischen dem Senat und der Sophiengemeinde zur Errichtung der Gedenkstätte getroffen werden. Der künstlerische Wettbewerb (Auslober DHM im Auftrag des Bundes) findet 1994 statt, in Absprache mit dem Land Berlin entscheidet der Bund im Juli 1995 die Realisierung des Entwurfes von Kohlhoff/Kohlhoff (Stuttgart). Während am 9. November 1997 die Grundsteinlegung für das Gedenkstättenareal und am 13. August 1998 die Eröffnung der Gedenkstätte erfolgte, verzögert sich die Errichtung des Dokumentationszentrums weiter. Erst am 9. November 1999 konnte das Dokumentationszentrum, für dessen Trägerschaft 1998 der Verein Berliner Mauer gegründet wurde, im Haus der Versöhnungsgemeinde eröffnet werden. Von Anfang war die Finanzierung des Dokumentationszentrums auf eine prekäre Grundlage gestellt. Sie ist weiterhin nur bis zum Jahre 2006 durch Finanzierung aus dem Mauerfonds gesichert. Mit der Einweihung der Kapelle der Versöhnung im Jahre 2000 und dem Umbau und der Ergänzung des Dokumentationszentrums durch die Aussichtsplattform im Jahre 2003 hat das Gedenkensemble an der Bernauer Straße seine heutige Gestalt gefunden.

Verschiedene Versuche, weitere Bereiche des Mauerstreifens, nach Osten bis zum Mauerpark und nach Westen bis zum Nordbahnhof, in die Gestaltung einzubeziehen, sind in der Vergangenheit gescheitert. Gescheitert entweder am Einspruch der Sophiengemeinde, die 1995 vom Bund wieder in das Eigentum an der ehemaligen Friedhofsfläche zur sakralen Nutzung eingewiesen worden war und 1997 Mauerteile aus dem

denkmalgeschützten Bereich herausnehmen ließ, oder gescheitert an der Restitutionspolitik von Land und Bund, die bislang auf die 25prozentige Einnahmen nach dem Mauergrundstücksgesetz von 1996, auch für den Bereich an der Bernauer Straße nicht verzichten wollten.

So konnte die Erinnerungslandschaft an der Bernauer Straße bisher nicht gesichert werden. Der Blick von der neuen Aussichtsplattform lässt das Potenzial des Ortes erkennen: der topographische Zusammenhang bis zum Mauerpark auf der einen und zum Nordbahnhof auf der anderen Seite, das in seiner Arbeitsfähigkeit gestärkte Dokumentationszentrum und ein breiter akzeptiertes Gedenken an die Opfer. Auch die Gefährdung ist sichtbar: die den Zusammenhang von Versöhnungskapelle, Gedenkstätte und Dokumentationszentrum zerstörende Eckbebauung auf dem Mauerstreifen. Sie könnte zum ungewollten Denkmal eines in den 90er Jahren nur halbherzigen Willens der Erinnerung und des Gedenkens an die Berliner Mauer werden.

## Das Neue Berlin und der Checkpoint Charlie

Nachdem der Senat in Abstimmung mit dem Bund die Bernauer Straße zum zentralen Ort des Gedenkens an die Berliner Mauer bestimmt hatte, verfolgte der Senat das Ziel, auf dem Gelände des ehemaligen Grenzübergangs Friedrichstraße / Zimmerstraße ein American Business Center zu errichten. Für die nach der Vereinigung erwartete Ansiedlung vieler amerikanischer Unternehmen in Berlin versprach die weltweit bekannte Adresse den Erfolg des Projektes. Die angestrebte Rekonstruktion des historischen Stadtgrundrisses der Friedrichstadt, die Aura des welthistorisch bedeutsamen Ortes und der Ausbau Berlins zur Dienstleistungsmetropole und Ost-West-Drehscheibe in Europa schienen auf das Glückliche vereint. Geplant waren fünf Gebäudekomplexe, „Quartiere“, mit einer Grundfläche von zusammen 20.000 qm. Die angekündigte Investitionssumme von ca. 1 Mrd. DM rechtfertigte nach dem Investitionsvorranggesetz die Bevorzugung des Investors, der European Development Corporation Group, gegenüber den Alteigentümern. Realisiert wurde jedoch nur zwei Gebäude, das von Philip Johnson entworfene Gebäude zwischen Friedrich- und Mauerstraße (Quartier 106) und das Quartier 201 an der Friedrich- / Ecke Krausenstraße.

Der Verkauf der Grundstücke des ehemaligen Grenzübergangs erfolgte 1992 durch das Land Berlin für den Bund. Im Kaufvertrag vom 9. März 1992 wurde mit einem einzigen Satz auf die historische Situation Bezug genommen und eine Verpflichtung des Käufers „festgeschrieben“: „Die Käuferin [stellt eine] angemessene Fläche für eine open-air Mauer-Gedenkstätte unentgeltlich zur Verfügung und [trägt] für die Gestaltung in Absprache mit einer vom Verkäufer zu benennenden Stelle [SenWFK] auf eigene Kosten

Sorge.“ Mit dem Baustopp im Jahre 1997 und der im letzten Jahr erfolgten Insolvenz des Investors ist diese Verpflichtung vertraglich nun nicht mehr einzuklagen.

Da die Verwertung der Grundstücke nur in Verbindung mit einem Baurecht schaffenden Bebauungsplan möglich war, mit den Eigentümern für die Zeit bis zum Baubeginn aber keine öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen über die Nutzung der nunmehr privaten Grundstücke getroffen worden waren, also für die Zwischenzeit lediglich das allgemeine Baurecht Anwendung finden konnte, bestanden keine behördlichen Handhaben gegen die in der Öffentlichkeit zu Recht kritisierten prekären Nutzungen der brachliegenden privaten Grundstücke.

Das Neue Berlin war seinen eigenen Illusionen erlegen, der Mauerbrache folgte die Investitionsbrache, der Welthandel hielt als Trödel mit Politkitsch aller Art Einzug. Wegen des touristischen Interesses am Checkpoint boomte das private Museum Haus am Checkpoint Charlie, das mit zusätzlichen Ausstellungsräumen in der Zimmerstraße unmittelbar an den früheren Grenzübergang heranrückte und durch szenische Rekonstruktionen früherer, durch Fotos dokumentierter Zustände im Stadtraum (Alliierten-Baracke, Sandsäcke usw.) die Deutungsmacht über diesen historisch einzigartigen Ort übernommen hatte.

Nach Jahren der öffentlichen Unterstützung war indes bereits Mitte der 90er Jahre der Kontakt zwischen dem Senat und dem Museum am Checkpoint Charlie schwieriger geworden. Diskussionspunkte seitdem sind die Professionalisierung der Museumsarbeit, Fragen der Abstimmung von Aktivitäten im Stadtraum, latente Konkurrenz mit dem Dokumentationszentrum an der Bernauer Straße und gewisse Intransparenz des Trägervereins.

Angesichts dieser Lage konzentrierten sich die Bemühungen des Landes auf die Qualifizierung der Informationen im öffentlichen Raum (Gedenkmeile Berliner Mauer) und die künstlerische Markierung des früheren Grenzübergangs (Kunstwettbewerb Übergänge).

Mit der als temporäre Kunstaktion annoncierten Schaffung einer Mauer-Mahnmal hat die Arbeitsgemeinschaft 13. August erneut die Frage nach einem zentralen Gedenken für die Toten der Mauer (und aller deutsch-deutschen Grenzen) sowie die Frage nach der zukünftigen Nutzung der privaten Grundstücke des ehemaligen Grenzübergangs aufgeworfen. Beantworten konnte sie sie nicht.

Das Land Berlin ist gegenwärtig darum bemüht, mit den Eigentümern der Grundstücke des ehemaligen Grenzübergangs solche Zwischennutzungen zu vereinbaren, die dem Charakter des Ortes nicht entgegenstehen sowie deren im Vertrag anvisierte Nutzung für Gedenkstättenzwecke zu erneuern.

## Denkzeichen für die Toten an der Berliner Mauer

Unverzichtbarer Bestandteil einer Gedenkkonzeption Berliner Mauer ist der Umgang mit den verschiedenen Denkzeichen, die bereits in der Vergangenheit an jene Menschen erinnerten, die an der Mauer zu Tode kamen. Diese Denkzeichen verdanken sich verschiedener Initiativen und sind deshalb auch gestalterisch und konzeptionell sehr unterschiedlich angelegt. Die vorliegende Dokumentation des Forums Geschichte und Gegenwart verzeichnet die heute vorhandenen Denkzeichen.

An fünf Beispielen soll deren Verschiedenartigkeit dargestellt werden.

1. Der Gedenkort "Weiße Kreuze" ist zum 13. August 1971 eingerichtet worden. Träger war der private Berliner Bürgerverein. Die Kreuze, die zuvor an verschiedenen Standorten im Verlauf der Berliner Mauer gestanden hatten, an denen Flüchtlinge getötet worden waren, wurden wegen der besseren Betreuungsmöglichkeiten an der Mauer hinter dem Reichstagsgebäude und an der Bernauer Straße zusammengezogen. Aus dieser Vorgeschichte erklärt sich die scheinbar willkürliche Zusammenstellung der Opfer. Nach der Öffnung der Mauer wurde der Gedenkort wegen Bauarbeiten vom Spreeufer an die Ebert- / Ecke Scheidemannstraße verlegt. Der nach einem Entwurf des Architekten Braunfels gestaltete neue Gedenkort wurde am 17. Juni 2003 der Öffentlichkeit übergeben. Die Auflösung des vorübergehend angelegten Gedenkortes an der Ebert- / Ecke Scheidemannstraße unterblieb. Die 14 gewürdigten Opfer sind an beiden Orten dieselben. Unweit der neuen Gedenkkreuze steht außerdem seit 2003 eine Tafel der Geschichtsmeile Berliner Mauer. Eine Erläuterung der doppelten Mauerkreuze erfolgt allerdings nicht.

2. Der Gedenkstein Günter Litfin trägt die Inschrift: "Hier starb als erstes Opfer der Mauer / Günter Litfin / 19.2.37 - 24.8.61 / ihm und allen Opfern der Mauer zum Gedenken". Die Aufstellung erfolgte am 24. August 1962, dem ersten Jahrestag, auf Initiative der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses. Der Stein wurde am Humboldthafen, gegenüber der Stelle aufgestellt, an der Jürgen Litfin ins Wasser sprang. Vermutlich wegen Bauarbeiten wurde der Stein entfernt (Datum unbekannt) und später der Arbeitsgemeinschaft 13. August übergeben, die den Stein einlagerte. Jürgen Litfin, der Bruder des Ermordeten ließ den Stein auf eigene Initiative und Kosten an der Sandkrugbrücke aufstellen. Gemeinsam mit der dort im Jahr 2003 aufgestellten Tafel der Geschichtsmeile Berliner Mauer, die mit mehreren Fotos über die Flucht informiert, soll der Stein nach Fertigstellung des Alexanderufers am Flucht- bzw. Bergungsort von Günter Litfin aufgestellt werden.

3. Der Gedenkort für Peter Fechter wurde als Provisorium bereits am 17. August 1962, am Tag seines Todes im Rahmen der spontanen Protestdemonstrationen eingerichtet, seitdem gepflegt, mehrfach verändert bzw. geringfügig verlegt. Engagiert beteiligt daran waren u.a. die Arbeitsgemeinschaft 13. August bzw. das Haus am Checkpoint Charlie. Die

letzte Änderung erfolgte zum 13. August 1999 als nach dem Entwurf von Karl Biedermann und mit finanzieller Unterstützung des Axel-Springer-Verlages eine Pflastermarkierung aus Basaltsteinen angelegt und eine Stele aufgestellt wurden. Die Stele trägt die Inschriften: „Peter Fechter / 1944 - 1962 / Er wollte nur die Freiheit.“ und „Von 1961 bis 1989 verlief entlang dieser Straße die Berliner Mauer. Hier wurde am 17. August 1962 der junge Bauarbeiter Peter Fechter erschossen“. An der Zimmer- / Ecke Charlottenstraße ergänzt ebenfalls seit 1999 eine Tafel der Geschichtsmeile Berliner Mauer die Installation.

4. Die Gedenkstele für Chris Gueffroy wurde auf Initiative des Abgeordneten Michael Kramer (Bündnis 90 / Die Grünen) im Auftrag der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur und in bewusster gestalterischer Anlehnung an das Denkzeichen für Peter Fechter nach einem Entwurf von Karl Biedermann angefertigt und am 21. Juni 2003, dem 35. Geburtstag von Chris Gueffroy unter großer Beteiligung von Familie und Freunden des Toten aufgestellt. Die Stele, die sich am Fluchttort im Verlauf des Berliner Mauerweges befindet, trägt die Inschrift "Von 1961 bis 1989 / verlief an diesem Ufer / die Berliner Mauer / Hier wurde am 5. Februar 1989 / der zwanzigjährige / Chris Gueffroy / (geb.) am 21.6.1968 / getötet / Er war der letzte / Flüchtling / der erschossen wurde / als er versuchte / die DDR-Grenzanlagen / zu überwinden." In Sichtbeziehung wurde an der Brücke über den Britzer Zweigkanal zum gleichen Zeitpunkt eine Tafel der Geschichtsmeile Berliner Mauer aufgestellt.

5. Als sich 1989/90 niemand für das Niemandsland des Grenzstreifens gegenüber dem Reichstag am Schiffbauerdamm verantwortlich fühlte, gestaltete Ben Wagin das „Parlament der Bäume“. Auf einzelnen Segmenten der Hinterlandmauer listete er das Jahr und die Anzahl der Mauertoten auf und ergänzte die Dokumentation durch Bilder und Gedichte. Von der nahen S- und Fernbahn-Brücke war am 24. August 1961 - erstmals nach dem 13. August 1961 – ein Flüchtling, Günter Litfin, erschossen worden. Auf dem Gelände lagern Steinplatten mit den Namen der an den deutsch-deutschen Grenzen getöteten Flüchtlinge. Gleichzeitig erinnert das „Parlament der Bäume“ an den Tod tausender Soldaten des Zweiten Weltkrieges. Sowjetische Soldaten hatten am 30. April 1945 den Reichstag erstürmt und waren auf dem Rückweg von einer zuvor unentdeckten SS-Elite-Einheit hinterrücks erschossen worden. Am Spreeufer fand das große Gemetzel statt. Das „Parlament der Bäume“ wurde von namhaften politischen Repräsentanten gepflanzt. Auf einem Mauerfragmente steht der legendäre Ausspruch Gorbatschows „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Die Installation ist ganz von den künstlerischen und persönlichen Visionen Ben Wagins durchdrungen. Bei der späteren Errichtung der Bibliothek des Bundestages wurde ein Teil der von Ben Wagin gestalteten Hinterlandmauer in den Neubau einbezogen. Nördlich setzt sich die Markierung im Foyer der Bundespressekonferenz durch eine Reihe von Ginko-Bäumen fort.

## Markierung des Mauerverlaufs, Geschichtsmeile Berliner Mauer und Kunstwettbewerb „Übergänge“

An die Mauer als eine die ganze Stadt zerschneidende Grenze wird man nur erinnern können, wenn der topographischen Verlauf auch dann noch erkennbar bleibt, wenn die Unterschiede zwischen Ost und West im Alltag nicht mehr wahrgenommen werden können. Erste Initiativen zur Mauermarkierung waren bereits Anfang der 90er Jahre ergriffen worden. Vom Tiefbauamt Kreuzberg wurde 1990 die Idee der doppelreihigen Großpflastersteinreihe aufgebracht. Verschiedene weitere Markierungsideen entstanden: das Kupferband (Gerwin Zohlen, 1992), die Markierung der Grenzmauer und der Hinterlandmauer mit roten und blauen Betonintarsien (Angela Bohnen, 1992), das Lupinenbestandene Mauerland (Manfred Butzmann, 1990) sowie ein erstes Konzept zu einer Geschichtsmeile Berliner Mauer aus dem Kreuzberg Museum. Diese Ideen wurden von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufgegriffen, die 1993 den Senat aufforderten, Probestücke der verschiedenen Mauermarkierungsvorschläge an der Niederkirchnerstraße zu verlegen.

Inzwischen wurde im öffentlichen Straßenland auf mehr als 5 km der Verlauf der vorderen Grenzmauer mit der Doppelpflasterstein-Reihe und eingelegten Gusseisentafeln gekennzeichnet.

Begleitend zur Markierung des Verlaufs der vorderen Grenzmauer wurde in Verantwortung der Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten durch das Forum für Geschichte und Gegenwart das Projekt Geschichtsmeile Berliner Mauer realisiert.

21 Tafeln berichten über die Teilung Berlins, den Mauerbau und die Öffnung der Grenze. Mit historischen Fotos und viersprachigen Texten (in deutsch und den Sprachen der vier Besatzungsmächte) werden Ereignisse geschildert, die sich am jeweiligen Standort ereignet haben und die politische und lebensweltliche Situation in der geteilten Stadt beschreiben.

Der künstlerische Wettbewerb zur Markierung der ehemaligen Grenzübergänge geht auf eine Projektgruppe bei der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst zurück. Nach der Maueröffnung hatte sich ein aus Kunstschaffenden und Kunstwissenschaftlern/-kritikern aus dem Ost- und Westteil der Stadt zusammengesetzter Arbeitskreis gebildet, der den historischen Prozess künstlerisch reflektieren wollte. Die Initiative wurde vom damaligen Fachreferat Kunst im Stadtraum/am Bau der Senatsverwaltung für Bauen und Wohnen aufgegriffen und führte 1996 zur Auslobung des Kunstwettbewerbs "Übergänge". Ziel des Wettbewerbs war es, die Erinnerung an die sieben ehemaligen innerstädtischen Grenzübergänge (für Fußgänger und Autoverkehr) im Stadtbild zu bewahren. Von den mehr als 30 eingeladenen Wettbewerbsteilnehmern wurden Beiträge erwartet, die sich mit dem Thema "Übergang" in seiner Vielschichtigkeit auseinandersetzen.

Die Arbeiten folgender KünstlerInnen wurden prämiert und nachfolgend realisiert:

- Karla Sachse für den Übergang Chausseestraße
- Gabriele Basch für den Übergang Invalidenstraße
- Frank Thiel für den Übergang Friedrichstraße/Checkpoint Charlie
- Susanne Ahner für den Übergang Heinrich-Heine-Straße (u.a. 4 U-Bahnstationen)
- Torsten Goldberg für den Übergang Oberbaumbrücke
- Heike Ponwitz für den Übergang Sonnenallee
- E.Twin Gabriel für den Übergang Bornholmer Straße

Mit der Realisierung der künstlerischen Markierung der ehemaligen innerstädtischen Grenzübergänge, der Planung des Mauerparks und später des Berliner Mauerweges entlang der Grenze rund um das ehemalige West-Berlin beschriftet die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung neue Wege und ermöglichte es so, die Freiraum- und Erholungsplanung mit stadtgeschichtlicher Spurensuche in Übereinstimmung zu bringen. Dies trifft auch auf die Grünplanungen im Bereich des ehemaligen Nordbahngeländes zu.

Nachdem bereits im Jahre 1991 (East Side Gallery) und 1995 weitere Teile der Mauer bzw. der Grenzanlagen ( die Wachtürme am Schlesischen Busch und in der Kieler Straße sowie der Tränenpalast ) vom Senat unter Denkmalschutz gestellt wurden, wurden 2001 weitere Mauerreste, die dem Abbruch entgangen waren, denkmalrechtlich gesichert.

## Konzeptbildung verlangt Konsens und Interessenausgleich

Die zu bewältigende Aufgabe für dieses Gedenkkonzept Berliner Mauer haben Konrad H. Jarausch, Martin Sabrow, Hans-Herrmann Hertle gut beschrieben:

„Es steht außer Frage, dass die gegenwärtig bruchstückhafte Erinnerungslandschaft in ihrem Wildwuchs das öffentliche Interesse an einer reflektierten Erinnerung auf Dauer nicht angemessen befriedigen kann. In der jetzt in Gang gekommenen öffentlichen Debatte um eine adäquate Form der Erinnerung an die Berliner Mauer treten jedoch ganz unterschiedliche Interessen zu Tage, deren Anliegen sich teils überlagern, teils aber auch wechselseitig ausschließen.“

Zunächst bestehen die Denkmalschützer darauf, die wenigen authentischen Reste zu erhalten, und in der Tat wäre eine hollywoodhafter Wiederaufbau der Mauer als trivialisierter ‚Themenpark‘ eine entsetzliche Vorstellung. Die Angehörigen der Opfer beseelt vor allem der Wunsch nach einem würdigen Gedenkort für die Toten, der die Erbarmungslosigkeit des Sperrsystems in den Vordergrund stellt und das Leid, das es über die Menschen brachte. Für die Nachgeborenen, die das perfide Grenzsicherungssystem nicht mehr selbst erlebt haben, müssen Darstellungsformen gefunden werden, die seine frühere Bedrohlichkeit deutlich machen. In einer Zeit der boomenden *public history* ist weiterhin auch auf die Touristen aus dem In- und Ausland Rücksicht zu nehmen, die gerade

im zentralen Erinnerungsbereich um das Brandenburger Tor und den Reichstag vergeblich nach Resten der Mauer suchen. Das Kupferband und die doppelte Reihe von Pflastersteinen im Straßenasphalt am Brandenburger Tor und anderen Stellen sind wenig geeignet, um den eigentlichen Charakter der Mauer in Erinnerung zu rufen.

Schließlich will bedacht sein, dass die Mauer auf einem Areal verlief, das vielerorts aus konkurrierenden historischen Schichten besteht, und dass das Mauergedenken in unmittelbarer topographischer Korrespondenz zu den Orten der nationalsozialistischen Terrorherrschaft steht. Nur wenn es Politik und Öffentlichkeit gelingt, diese durchaus legitimen, aber teilweise konträren Anliegen aufzugreifen und miteinander zu versöhnen, kann sich auf Dauer eine tragfähige Form des Mauergedenkens entwickeln.“ (Jarausch u.a.)

### 3. Verfahren der Konzepterarbeitung

Die vom Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur einberufene Arbeitsgruppe trat am 29. November 2004 erstmals zusammen. Sie besteht aus Mitarbeitern der Senatsverwaltungen für Kultur, für Stadtentwicklung, der Senatskanzlei, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart, dem Verein Berliner Mauer.

Die AG konnte sich auf die bereits vorliegende umfangreiche Bestandsaufnahme in der vom Landesdenkmalamt beauftragten Studie von Klausmeier/Schmidt „Mauerreste-Mauerspuren“ stützen. Das Forum für Geschichte und Gegenwart listete im Auftrag der Arbeitsgruppe mehr als 100 Orte auf, an denen in der einen oder anderen Form an Maueropfer, Mauerbau und Mauerfall erinnert wird.

Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe hörte verschiedene Experten aus dem Bereich Gedenkstätten, Museen und zeitgeschichtlicher Forschung, Denkmalpflege sowie beteiligter öffentlicher Verwaltungen und Institutionen an. Die Arbeitsgruppe veranstaltete am 2. und 3. Februar 2005 ein Expertentreffen, bei dem u.a. die Standorte Bernauer Straße, Kieler Eck, Parlament der Bäume, Brandenburger Tor, Niederkirchnerstraße und Checkpoint Charlie besichtigt wurden. Dabei wurden auch die verschiedenen parlamentarischen Initiativen erörtert.

Eine erste Vorstellung der Arbeitsergebnisse gab der Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur auf Einladung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes Martin Gutzeit am 11. März 2005 im Arbeitskreis II der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten (SBZ/DDR/SED-Diktatur).

Nach der Erörterung der Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen während der öffentlichen Anhörung der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur am 18. April 2005 im Berliner Abgeordnetenhaus, soll das Konzept erneut überarbeitet, im Senat und mit dem

Bund abgestimmt werden und durch Senatsbeschluss dem Berliner Abgeordnetenhaus vorgelegt werden.

Mit den Überlegungen für ein Konzept zum Umgang mit der Berliner Mauer soll eine weiter reichende Perspektive für die Erinnerung an die Berliner Mauer und das Gedenken an ihre Opfer im Stadtraum Berlins geschaffen werden. Dies setzt Konsens und kontinuierliche Arbeit voraus. Die Handlungsempfehlungen beschreiben zunächst Projekte, für deren Umsetzung gesonderte Strategien auszuarbeiten und Beschlüsse zu fassen sind.

Die hier angesprochenen Maßnahmen befinden sich in sehr unterschiedlichen Planungsstadien und Umsetzungszeiträumen. Angesichts der Tatsache, dass das Land Berlin nur in wenigen Ausnahmefällen Grundeigentümer der benötigten Flächen ist und auch sonst ein erheblicher Abstimmungsbedarf mit vielen Betroffenen besteht, sind die hier angesprochenen Ziele nicht in kurzer Zeit zu realisieren. Hinsichtlich der Finanzierung bedarf es noch intensiver Überlegungen und Verhandlungen sowie weit reichender Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene.

Als Zeithorizont der in diesem Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen wird der 50. Jahrestag des 13. August 1961 im Jahre 2011 anvisiert.

#### 4. Grundrichtungen zukünftiger Maßnahmen

Im Rahmen des Diskussionsprozesses der AG Gedenkkonzept Berliner Mauer haben Jarausch u.a. im März 2005 eine Zusammenfassung der Zwischenergebnisse vorgelegt. Unter kritischer Bezugnahme auf diese Vorschläge (alle Zitate im Abschnitt 4 ebenda) lassen sich derzeit folgende Perspektiven für zukünftige Maßnahmen skizzieren:

1. Neben der Bewahrung authentischer Relikte der früheren Grenze in ihrem gesamten Verlauf **ist ein größerer zusammenhängender Abschnitt der Grenzsicherungsanlage erfahrbar zu machen.** Hierfür bietet sich aus städtebaulichen und gedenkstättenpolitischen Gründen ausschließlich der Bereich an der Bernauer Straße an. Dieser Bereich ist so zu entwickeln, dass er von dem weitläufigen Nordbahngelände mit seinen authentischen Relikten bis hin zum Mauerpark die Spuren der Grenzsituation im Weichbild der Stadt auch künftig nachhaltig markiert und nachzeichnet. Im Zentrum stehen dabei das Ensemble aus Versöhnungskapelle, Denkmal und Dokumentationszentrum mit Aussichtsturm. Wie im öffentlichen Bereich insgesamt sollte dabei auf Rekonstruktionen verzichtet werden.
2. Das **Gedenken an die Opfer der Berliner Mauer** hat seinen zentralen Ort an der Gedenkstätte in der Bernauer Straße. Sofern Ort und Umstände nachgewiesen sind, ist der einzelnen Toten an der Berliner Mauer im jeweiligen räumlichen Kontext zu

gedenken (vgl. Denkzeichen für Fechter, Litfin, Gueffroy etc.). Auf konkurrierende Orte zentralen Gedenkens ist zu verzichten. Insbesondere ist das private Mauer-mahnmal am Checkpoint Charlie fachlich unbefriedigend, „mit einer Mauer am falschen Ort sowie mit Holzkreuzen für tatsächliche, vermeintliche und falsche Opfer“. „Um der Todesopfer der Mauer würdig gedenken zu können, gilt es, deren Zahl und individuelles Schicksal zu erforschen und aufzuarbeiten. Weder existieren bis heute gesicherte Angaben über die tatsächliche Anzahl der Todesopfer noch sind die Namen vieler Opfer, ihre Biographien, die Motive, die sie zur Flucht veranlassten, die Umstände, unter denen sie ums Leben kamen, die Art und Weise, wie mit ihnen und ihren Angehörigen nach ihrem Tode umgegangen wurde, einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Dazu ist weitere wissenschaftliche Forschung dringend erforderlich.“ Wiederum ist nur das Dokumentationszentrum Berliner Mauer an der Bernauer Straße in vergrößerter und finanziell besser ausgestatteter Form als die hierfür geeignete Institution denkbar.

3. **„Die dezentrale Struktur der Erinnerungslandschaft**, die sich in den vergangenen 15 Jahren entwickelt hat, weil nur noch Reste der Mauer vorhanden waren und sich die um sie gebildeten Initiativen an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten verdichtet haben, **muss respektiert werden**. Die zahlreichen Einzelinitiativen von Organisationen und Vereinen sind überwiegend Ausdruck bürger-schaftlichen Engagements und sollten entsprechend gewürdigt und gestärkt werden. Das bereits begonnene **Projekt eines Mauerweges**, der zu Fuß oder per Fahrrad wichtige Spuren und Stätten der Erinnerung miteinander verbindet, macht aus der Not des Fehlens einer übergeordneten Einrichtung eine originelle Tugend und verdient verstärkte Unterstützung.“ In diesen Kontext gehört auch, **die Kennzeichnung des Mauerverlaufes durch die Doppelflastersteinreihe weiter fortzusetzen**. Der Berliner Mauerweg erschließt als kommentierter Geschichtspfad alle Orte des Mauergedenkens an der innerstädtische Mauerlinie wie auch an der Umlandgrenze. Er ist mit vorhandenen Informationsmedien, wie z.B. der Geschichtsmeile, zu verknüpfen und einheitlich zu kommunizieren.
4. **Dem Wunsch des Deutschen Bundestages, im Bereich von Brandenburger Tor und Parlament ,an die Berliner Mauer zu erinnern, ihrer Opfer zu gedenken und der Freude über die Überwindung der deutschen Teilung’ Ausdruck zu geben, ist zu respektieren**. Dies sollte jedoch nicht zu einer Konkurrenz zur zentralen Gedenkstätte und zum Dokumentationszentrum Berliner Mauer an der Bernauer Straße führen. In der Nähe von Brandenburger Tor und Deutschem Bundestag sollte das Gedenken an die Opfer der deutschen Teilung einen gegenüber der Gedenkstätte in der Bernauer Straße anderen Aspekt erhalten: hier sollte es nicht

nur um die Berliner Mauer, sondern um die deutsche Teilung und deren Überwindung insgesamt gehen.

5. „Für langfristige Planungen muss die Optik über das Bauwerk Mauer hinaus auf den Kontext ausgeweitet werden, in den das steinerne Grenzregime um Berlin herum gehört. Die Berliner Mauer ist nicht nur ein Berliner und nicht nur ein deutscher Erinnerungsort. Ihre Errichtung steht als Symbol für die Spaltung Europas und die Teilung der Welt, ihr Fall für deren Überwindung.“ **Was Berlin fehlt, ist ein Ort der Dokumentation der Konfrontation der Weltmächte im Zentrum der Stadt.** Dieter Vorsteher (DHM) hat eine erste Skizze für ein „Museum des Kalten Krieges in Europa“ für den Bereich am Checkpoint Charlie entworfen: „Wir brauchen einen Ort der reflektierten Erinnerung an die Teilung Europas und ihrer vielfältigen Dimensionen in Politik, Wirtschaft und Kultur, die den Riss durch Berlin als Ausdruck des ein halbes Jahrhundert in die Tiefe prägenden Gegensatzes zwischen zwei Welten erlebbar und erkennbar macht.“ Im Diskussionsprozess wurde der Anspruch, ein „Museum des Kalten Krieges“ zu errichten, jedoch als zu anspruchsvoll, für den Ort als überdimensioniert und für zu aufwändig bewertet. Deshalb wird hier der Vorschlag unterbreitet, einen Ort der Dokumentation zuschaffen, der den Grenzübergang an der Friedrichstraße und die Mauer in Berlin in ihren weltpolitischen Bezügen darstellt.
6. Aufgrund ihrer Geschichte und der vorhandenen materiellen Zeugnisse lassen sich **die verschiedenen Erinnerungsorte jeweils spezifischen, einander ergänzenden Themen zuordnen.** Die Orte verweisen damit jeweils aufeinander und konstituieren einen übergreifenden Kontext, ohne ihre besondere Perspektive zu verlieren. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung wird durch ein Kommunikationskonzept flankiert, das vom Flyer über elektronische Angebote und Audioguides bis zu einer integrierten Einbindung des öffentlichen Nahverkehrs, vor allem der U- und S-Bahnhöfe, reicht. Ebenso wäre zu prüfen, ob an geeigneten Orten virtuelle Rekonstruktionen der Grenzsituation oder künstlerische Projekte realisiert werden sollten.

## 5. Handlungsfelder und Empfehlungen

### 5.1. Nordbahngelände/Bernauer Straße/Mauerpark: Der Schnitt durch eine ganze Stadt

Das bisherige Ensemble von Versöhnungskapelle, Gedenkstätte und Dokumentationszentrum mit Aussichtsplattform bildet die Mitte einer weiträumiger zu gestaltenden Erinnerungslandschaft, die zukünftig vom Gelände des Nordbahnhofes bis zum Mauerpark reichen soll. Hier sollen die Geschichte des Mauerbaus, die Trennung und Zerstörung gewachsener Stadtzusammenhänge, das Leben getrennter Nachbarschaften und Familien im Schatten der Mauer, die Geschichte der erfolgreichen und der gescheiterten Fluchten

erzählt werden. Wie nirgends sonst lässt sich an der Bernauer Straße die Brutalität des Grenzregimes dokumentieren (Mauertote, Umbettung der Friedhofsgräber, Sprengung der Versöhnungskirche). Der Ort eignet sich zugleich, den kontroversen Umgang mit den Grenzanlagen und die Debatten um die angemessene Art des Gedenkens an die Berliner Mauer nach 1990 zu dokumentieren.

Künftig soll das Gedenkstättenengelände am Ausgang des S-Bahnhofes Nordbahn (nur drei Bahnstationen von Unter den Linden, zwei von der Friedrichstraße, vier vom Potsdamer Platz, fünf von der Kochstraße etc.) beginnen und an der erhaltenen Mauer entlang zur Gedenkstätte, zum Dokumentationszentrum und zur Versöhnungskapelle geleiten. Von hier aus können thematische Führungen oder Audioguides zu den mehr als 1 km langen Mauerresten von Vorderland- und Hinterlandmauer an der Garten- und Liesenstraße über das Nordbahngelände oder in die andere Richtung zum Mauerpark führen.

Entlang der Bernauer Straße sollen die historischen Orte gekennzeichnet werden, mit denen dokumentierte Ereignisse verbunden sind: von der Flucht des Grenzers vor laufenden Kameras über das Tor des Friedhofs der St. Hedwig-Gemeinde an der Liesenstraße über die Orte der Mauertoten und der Fluchten aus den Grenzhäusern und durch Fluchttunnels bis hin zu der Stelle, wo der Grenzsoldat Konrad Schumann sein Gewehr abwerfend über den Stacheldraht sprang. Hier sollen die Fotos, die um die Welt gingen (und zum Teil immer wieder fälschlich dem Checkpoint Charlie zugeordnet werden) und andere, ungewohnte Sichtweisen dieses Ortes und der Teilung generell vorgestellt werden. Hier sollten die Erinnerungen der Besucher wieder in den zutreffenden topografischen Zusammenhang gestellt und damit die historische Situation bis hin zum Ort der Kirchensprengung und zur Auffindbarkeit von ehemaligen Kellerfensterschächten auf dem neuen Gehweg an der Bernauer Straße erlebbar gemacht werden.

Es ist zu prüfen, auf welche Weise das bestehende Denkmal der Bundesrepublik Deutschland in der Bernauer Straße stärker mit den namentlich bekannten Opfern der Berliner Mauer in Zusammenhang gebracht werden kann, wie auf diese am Denkmal selbst verwiesen werden kann. Im Dokumentationszentrum sollte zugleich die Möglichkeit geschaffen werden, Biographien und individuelle Motive der Flüchtlinge kennen zu lernen.

Im Dokumentationszentrum sollte auch die Geschichte der hier wehrdienstleistenden jungen DDR-Bürger, die zu dieser Aufgabe befohlen waren, einschließlich ihres sehr unterschiedlichen Erlebens und Umgangs mit diesem Auftrag, sowie die politische und juristische Auseinandersetzung mit dem Grenzregime der DDR nach 1990 dargestellt werden. In der Ausstellung sollte auch eine Brücke geschlagen werden zu den Lebensverhältnissen in der DDR und zu den heutigen musealen Institutionen, in denen mehr über eine Gesellschaft zu erfahren ist, die zu ihrer externen Existenzbedingung einer geschlossenen Grenze bedurfte.

Voraussetzung all dieser Bemühungen um eine weitere Qualifizierung der Gedenkstättenarbeit an der Bernauer Straße ist es jedoch, die Finanzierung des Dokumentationszentrums Berliner Mauer, die bis zum Jahre 2006 aus dem Mauerfonds erfolgt, nicht nur dauerhaft zu sichern, sondern auch eine Anhebung der notwendigen Finanzierung zu erreichen. Die Kulturverwaltung hat die entsprechende Veranschlagung für den kommenden Haushalt veranlasst. Aus dieser Veranschlagung folgt die Erwartung an die Bundesregierung, dass sie ebenfalls entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung stellt.

Zur Realisierung dieses Ansatzes ist es weiterhin erforderlich, mit dem Bund eine Vereinbarung über die Nutzung der Mauergrundstücke südwestlich der Gedenkstätte zu erlangen. Voraussetzung hierfür ist ein städtebauliches und Nutzungskonzept für den Bereich. Eine Einigung mit der Sophiengemeinde erscheint möglich, wenn bestimmte Bedürfnisse der Gemeinde berücksichtigt werden. Die unbebauten Grundstücke in Richtung Nordbahnhof könnten für open-air-Ausstellungen genutzt werden. Durch den Straßenumbau entsteht an der Gartenstraße ein landeseigenes Grundstück neu (vis-a-vis des S-Bahnausganges), das als neuer Eingang in die Denkmalanlage genutzt werden könnte.

Für das Gelände des Nordbahnhofes ergeben sich weitreichende Perspektiven. Dank der Investition der Bahn AG mit seinen Neubauten an der Westseite des Geländes können mit den Ausgleichsmaßnahmen ein Großteil des mittleren und nördlichen Geländes beiderseits der Hinterlandmauer als öffentliche Grün- und Sportflächen gestaltet werden. Das Parkkonzept bringt den Baumwuchs hinter der früheren Grenzlinie zum Ausdruck. Ein erhöhter Aussichtspunkt beim S-Bahneingang an der Bernauer Straße wird einen eindrucksvollen Blick auf die beiden langgestreckten Mauerreste im Umfeld bieten.

Hinsichtlich des Bereiches südöstlich der Gedenkstätte stellt sich die Lage schwieriger dar, da alle seinerzeitigen Bemühungen des Bezirkes Mitte, den Mauerstreifen zu sichern und im Rahmen einer baulichen Entwicklung an den Grenzstreifen zu erinnern, z.B. durch Erhalt des Kolonnenweges als öffentliche Durchwegung zwischen Mauerpark und Gedenkstätte, von Land und Bund abgelehnt wurden. Besonders prekär stellt sich die Lage bei dem Neubauprojekt dar, das den Sichtzusammenhang von Kapelle, Gedenkstätte und Dokumentationszentrum stört. Hier sollten Bund und Land auf den Grundstückseigentümer zugehen und ihm einen Grundstückstausch vorschlagen. Politisch sollte hierfür schnellstmöglich ein Konsens hergestellt werden, um die offenkundigen Fehler der Vergangenheit zu korrigieren.

## 5.2. Invalidenpark/Turm Kieler Eck: Die Grenze am Wasser

Der Mauerweg im Bereich des historischen Invalidenfriedhofes und von der Sandkrugbrücke zum Humboldthafen gehört zu einem zentralen Abschnitt der Berliner Mauer, der am

Wasser gelegen ist. Hier ist ein beträchtliches Stück Hinterlandmauer erhalten. Mit dem Grenzturm am Kieler Eck, einer früheren Leitstelle der Grenztruppen, der von Jürgen Litfin und seinem Verein betreut wird, erhält dieser Bereich eine besondere Ausprägung.

### 5.3. Schiffbauerdamm: Das Parlament der Bäume

Das „Parlament der Bäume“ zwischen heutiger Bundespressekonferenz und Bundestagsbibliothek ist durch den Spreewanderweg gut erschlossen und bedarf der Kommentierung und des Verweises auf die anderen Orte der Erinnerung an die Mauer und des Gedenkens an ihre Opfer. Auch sollte der Teil der Installation, der sich in dem Gebäude der Bibliothek befindet, endlich öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies fordert auch der Antrag der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag „Mauer-Mahnmal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus aufwerten“ vom 25. Januar 2005 (Drs. 15/4719).

### 5.4. Reichstag/Brandenburger Tor: Die deutsche Frage ist offen, solange das Brandenburger Tor geschlossen ist.

Dieter Vorsteher (DHM) unterbreitete den Vorschlag, in den beiden Torhäusern des Brandenburger Tores Ausstellungen zum 13. August 1961 bzw. zum 9. November 1989 zu präsentieren. Die alleinige Reduzierung des Symbolgehalts des Brandenburger Tores auf die Zeit der Berliner Mauer erscheint jedoch als zu eng. Das Brandenburger Tor ist ein nationales Symbol, das nicht nur für den jüngsten Abschnitt der deutschen Geschichte steht. Folgerichtig konnten in der unmittelbaren Vergangenheit alle Versuche abgewehrt werden, an ihm selbst oder in unmittelbarer Nachbarschaft spezifischer Anlässe unterschiedlichster Art zu gedenken. Der historische Ausspruch von Richard v. Weizsäcker „Die deutsche Frage ist offen, solange das Brandenburger Tor geschlossen ist“ kann gleichwohl als Motiv gelten, wenn die historischen Bezugspunkte weitergezogen werden.

Alternativ oder zumindest ergänzend zum Vorschlag von Dieter Vorsteher wird daher hier empfohlen, die weiträumige Passarelle des Bahnhofs Brandenburger Tor zu nutzen, um durch großflächige Foto-Informationstafeln die verschiedenen Phasen der Geschichte des Ortes mit der Errichtung des Brandenburger Tores, Raub und Rückführung der Quadriga, mit dem Barrikadenkampf 1848, den Ereignissen in Kaiserzeit und 1. Weltkrieg, der Revolution 1918, den Paraden der Nazis, den Zerstörungen des Zweiten Krieges, der Befreiung Berlins von der NS-Diktatur bis hin zu Mauerbau und Maueröffnung sowie dem Fest zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 darzustellen.

Der Wunsch des Deutschen Bundestages, im Bereich von Brandenburger Tor und Parlament, „an die Berliner Mauer zu erinnern, ihrer Opfer zu gedenken und der Freude über

die Überwindung der deutschen Teilung“ Ausdruck zu geben, ist zu präzisieren. Insbesondere sollte eine Konkurrenz zur zentralen Gedenkstätte und zum Dokumentationszentrum Berliner Mauer an der Bernauer Straße vermieden werden. Deshalb sollte am Reichstag an die in Berlin besonders präzente deutsche Teilung insgesamt und deren glückliche Überwindung gedacht werden. Während der zentrale Ort des Gedenkens an die Opfer der Berliner Mauer die Gedenkstätte an der Bernauer Straße ist und im Verlauf der ehemaligen Grenze an den entsprechenden Orten Denkzeichen an die Mauertoten erinnern, sollte das Gedenken in der Nähe von Reichstagsgebäude und Brandenburger Tor eine verallgemeinerte Form annehmen. Die Plastik von Wieland Förster an der Glienicker Brücke zeigt, welche hohe Symbolkraft und Akzeptanz eine freie künstlerische Gestaltung in diesem Kontext erlangen kann.

Eine Neugestaltung für diesen Bereich sollte zugleich eine Alternative zur jetzigen fatalen Situation herbeiführen, wonach im Zuge der Baumaßnahmen für das Parlament derzeit zwei konkurrierende Felder von Mauerkreuzen existieren. Dieser Konflikt wird nur durch Neubestimmung der Situation und Gestaltung des Areals, z.B. durch ein Kunstwerk, zu lösen sein. Ergänzend sollte der Vorschlag der CDU-Fraktion, im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus im Zusammenhang mit den Mauerteilen in der Bibliothek ein Totenbuch für alle an den deutsch-deutschen Grenzen getöteten Flüchtlingen auszulegen, das sinnvollerweise vom Dokumentationszentrum Bernauer Straße und dem Deutschen Historischen Museum ausgearbeitet werden sollte, geprüft und gegebenenfalls realisiert werden.

## 5.5. Potsdamer Platz: Wiedergewonnene Dichte

Der Potsdamer Platz war einer der wichtigsten Orte des Massentourismus in West-Berlin. Themenschwerpunkt war hier das fast spurlose Verschwinden des Stadtzentrums. Zur Besichtigung stand eine Aussichtsplattform bereit, die über die Mauer hinweg einen unvergleichlich weiten Blick auf die Grenzanlagen gewährte. Bildtafeln ermöglichten den Vergleich mit dem Vorkriegszustand. Präsentiert wurde so der „Mythos Potsdamer Platz“ als die Erzählung vom einst verkehrsreichsten Platz Europas, von dem jede Bebauung und jedes städtische Leben gewichen war.

Die Umkehrung dieses Zustandes und der Bezug zur Vorkriegssituation war Leitkonzept für die Wiederbebauung. Das Zentrum einer Metropole entstand unter größter medialer Begleitung neu, getragen vom Konsens, den Grenzstreifen vollständig zu überbauen und die Mauer schnellstmöglich verschwinden zu lassen.

Die wenigen und vereinzelt, dank hartnäckigster Privatinitiative geretteten Mauerreste und der Wachturm bleiben hochinteressant für Geschichtsinteressierte wegen ihrer Überraschungs- und Verfremdungswirkung. Die spektakulären Gegensätze zwischen dem

hochverdichteten, dann völlig entleerten und heute wieder hochverdichteten Stadtzentrum können diese Relikte nur durch ergänzende Informationen anschaulich machen. Bildtafeln könnten im Bahnhofsgebäude die Geschichte des Platz erzählen (s.u.) Es wäre reizvoll, das Schaubedürfnis von Einzel- und Gruppenbesuchern durch eine erneute Aufstellung eines Aussichtspodestes sowohl zu befriedigen als auch zu ironisieren, weil der gesuchte weite Überblick ja gerade gewollt verbaut ist. Solche Installationen wären auch an anderen Stellen im Mauerverlauf denkbar, wo Aussichtspodeste für den Blick nach Osten standen.

## 5.6. Niederkirchnerstraße: Historische Schichtungen

Im Gegensatz zum Checkpoint Charlie steht in dessen Sichtweite an der Niederkirchnerstraße das Original der Berlin Mauer. Hier werden die Komplexität, die spezielle Schichtung der Berliner und deutschen Geschichte sichtbar. Der Stiftung Topographie des Terrors kommt im Rahmen ihres Auftrages die Aufgabe zu, eben diese geschichtlichen Zusammenhänge und Kausalbeziehungen in ihrer politischen Bildungsarbeit bei Führungen über das Gelände, mit ihren Materialien und Informationstafeln deutlich zu machen. Die Besucher sollen über die spezifischen Aspekte der Mauergeschichte an dieser Stelle informiert und auf die anderen, spezifischen Orte des Mauergedenkens hingewiesen werden. Die Stiftung Topographie des Terrors hat hierzu bereits ihre Zusage gegeben.

## 5.7. Checkpoint Charlie: Ort der Konfrontation der Weltmächte

Der frühere Grenzübergang Friedrichstraße/Zimmerstraße hatte eine besondere Bedeutung, er war Übergangsstelle für die Besatzungsmächte und für Ausländer. Seine thematische Prägung ist die der Konfrontation der Weltmächte im Kalten Krieg. Hier fand die bekannte Konfrontation sowjetischer und amerikanischer Panzer statt, hier ging es um die Durchsetzung des unkontrollierten Zugangsrechts der Westalliierten nach Ostberlin und in die DDR. Gerade wegen der Funktion als Übergang für Ausländer ist dieser Ort bei vielen Touristen so bekannt.

Das Museum Haus am Checkpoint Charlie erzählt hier die Geschichte individueller Fluchten und die des gewaltfreien Widerstandes in aller Welt. Und: es ist selbst Teil der Geschichte der deutschen Teilung und ihrer Überwindung. In dieser Hinsicht ist dieses Museum genuiner und unverzichtbarer Bestandteil jedes Mauergedenkkonzeptes.

Die Informationsangebote für den öffentlichen Raum in diesem Bereich sind zu überprüfen und neu zu ordnen. Unpassende Sondernutzungen des öffentlichen Straßenlandes sind auszuschließen. Die Markierung des Verlaufes der Vorderlandmauer ist an diesem

Ort durch die der Hinterlandmauer zu ergänzen, um die Dimension des ehemaligen Kontrollpunktes zu verdeutlichen und durch mediale Informationen zu kommentieren.

Wichtigstes neues Element für die künftige Gestaltung des Checkpoints wird die Errichtung eines Ortes der Information im Bereich des Blockes 200 sein, an dem der Senat entsprechend dem ursprünglichen Verkaufsvertrag weiterhin festhält. Dieser Ort der Information sollte in Abgrenzung zur Bernauer Straße, zur Topographie des Terrors und zum Brandenburger Tor (Passarelle) den weltpolitischen Bezügen des Ortes während des Kalten Krieges gewidmet werden. Hierzu scheint das Konzept von Dieter Vorsteher (DHM) eine gute Grundlage zu bilden. Solange die private Baumaßnahme nicht vorankommt, strebt der Senat eine Zwischenlösung durch Errichtung eines Informationspavillons an. Damit sollte auch eine Rückkehr zur umstrittenen Nutzung der privaten Flächen ausgeschlossen werden.

Im Dialog mit den privaten Eigentümern der anderen Flächen ist auf den Ausschluss unverträglicher Nutzungen hinzuwirken.

## 5.8. East Side Gallery: Mauerkunst Ost

Bei der Teilung Berlins wurde der Ost-Berliner Nord-Süd-Verkehr auf einem Straßenzug nahe dem östlichen Spreeufer gebündelt. Zwischen der Oberbaumbrücke und dem Ostbahnhof wurde die Uferbebauung zur Grenzsicherung weitgehend abgetragen. Die Hinterlandmauer an der Straßentrasse wurde dabei ausnahmsweise durch jene Betonfertigteile gebildet, die in der Regel an der Grenzlinie zum Westen eingesetzt wurden. Die Bemalung der Mauer 1990 transponierte die westliche Perspektive auf das erhaltene Stück Hinterlandmauer.

Heute bedarf die East Side Gallery der Kommentierung, da sie im jetzigen Zustand nicht hinreichend genau zu datieren und damit zu deuten ist. Dem Besucher muss auch hier die Gelegenheit gegeben werden, sich über die tatsächliche Situation vor der Wende und das Grenzregime an dieser Stelle sowie über die künstlerische Aneignung nach 1989/90 selbst zu informieren. Ohne dies sind die Mauerbilder nicht zu verstehen. Mit der vorgesehenen Gestaltung des Uferstreifens als Mauerpark sollen einige Mauerteile versetzt werden, um Wegebeziehungen und Blickkontakte zur Spree herzustellen. Dies bietet neue Anknüpfungsmöglichkeiten für zusätzliche Informationsangebote. Die Künstler der East Side Gallery verhandeln mit einem Investor, der auf dem vom Bezirksamt erworbenen Gelände ein Infocafé als Treffpunkt für die Touristen betreiben will.

Freizeitorientierte Zwischennutzungen als Gastronomie- und Eventstrand in den vergangenen Sommern sowie die zu erwartende Entertainment- und Bürobauung im Hinterland lassen erwarten, dass die East Side Gallery trotz weitgehender Erhaltung auch

zukünftig als eine Art künstlerisch gestalteter Lärmschutzwand in einer Tourismus- und Freizeitzone erlebt werden wird. Dieser längst erhaltene Mauerabschnitt veranschaulicht dann zwar weiterhin besonders gut die räumliche Trennwirkung der Mauer im Stadgefüge, ohne jedoch die Abschreckungswirkung und die Gefahren des früheren Grenzstreifens zu vermitteln. Sie ist kein Ort der Erinnerung an Schrecken und Opfer der Mauer, sondern an die euphorische Maueröffnung und die damit verbundene ästhetische Aneignung der Betonmauer.

### 5.9. Bahnhof Friedrichstraße/Tränenpalast: So nah und doch so fern

Wie kein anderer Ort repräsentierte der Bahnhof Friedrichstraße Perfektion und Absurdität der Entflechtung und Trennung der innerstädtischen Verkehrswege im geteilten Berlin und die ungleiche Verteilung der Reisefreiheit. Zwei Welten in einem Bahnhof: Westbürger stiegen im Osten in westliche S- und U-Bahnlinien um ohne Ost-Berlin zu betreten. Für die Ostbürger war der Bahnhof Friedrichstraße bloße Endstation der S-Bahn. Zugleich war der Bahnhof Grenzübergang mit Anschluss an die getrennten Verkehrssysteme und Fernbahnhof in Richtung Westen. Die Abfertigungshalle des Grenzübergangs in Richtung Westen ist der legendäre Tränenpalast. Während die Spuren der Teilung im Bahnhof Friedrichstraße nach Sanierung vollständig getilgt wurden, erinnert noch die also solche funktionslos gewordene Abfertigungshalle an die Grenzübergangssituation und die zu Zeiten der Teilung so ungleich verteilte Reisefreiheit. Hier trauerten nicht nur die Ostbürger ihrem westlichen Besuch, sondern auch den mehr oder weniger unfreiwillig ausreisenden Freunden hinterher. Zugleich war die Abfertigungshalle Aus- und Einreiseort für Dienstreisende der DDR.

Die Nutzung des Tränenpalastes für kulturelle Veranstaltungen war nach 1989/90 die geeignete Form, den denkmalgeschützten Ort zu erhalten und die Last der Vergangenheit abzustreifen. Trotz kürzlicher Veräußerung des Nachbargrundstücks und geplanter Bebauung soll die kulturelle Nutzung fortgesetzt werden. Den Betreiber des Tränenpalastes wurde vom Land Berlin ein Vorkaufrecht eingeräumt, das sie aus eigener Kraft jedoch nicht wahrnehmen können. Es ist daher zu begrüßen, dass das Haus der Geschichte in Bonn und die Betreiber eine Kooperation eingehen wollen. Diese bezieht sich auf eine angemessene historische Kommentierung des Ortes, auf die Präsentation zeitgeschichtlicher Ausstellungen, ja möglicherweise sogar auf einen gemeinsamen Erwerb des Tränenpalastes durch das Haus der Geschichte und die derzeitigen Betreiber. Es sollte das Ziel sein, den Tränenpalast als kulturellen Veranstaltungsort *und* als einen Ort historischer Information zu erhalten und weiter zu profilieren. Letzteres verlangt die Einbeziehung des Tränenpalastes in das Gedenkkonzept Berliner Mauer. Jedoch sollte auch hier die spezielle Problematik des Ortes erkundet und vermittelt werden. Als ein

Dokumentationsort über die Bürger- und Demokratiebewegung und die friedliche Revolution in der DDR erscheint der Tränenpalast von daher als ungeeignet. Es wäre zudem paradox, wenn die kritisch-befreiende Aneignung der ehemaligen Grenzabfertigungshalle als kultureller Veranstaltungsort nun durch ein vielfältige Kulturveranstaltungen aus-schließendes Museum verdrängt würde.

Mit dem Ziel der Erinnerung an die frühere Situation im Bahnhof Friedrichstraße führt die Senatskulturverwaltung derzeit Gespräche mit der Bahn AG über die Realisierung einer Fotoprojektes im gesamten Bahnhof mit Bildern aus der DDR-Zeit.

## 5.10. Bahnhöfe: Trennung und Verbindungen, Geisterbahnhöfe

Hinsichtlich der besonderen Orte der Erinnerung an die Mauer und deren Erschließung durch den ÖPNV stehen insbesondere folgende Bahnhöfe im Zentrum des Interesses:

- Nordbahn und Bernauer Straße
- Friedrichstraße
- Kochstraße
- Potsdamer Platz
- Brandenburger Tor/Unter den Linden
- Ostbahnhof

In Abstimmung mit der BVG und der Bahn AG wird angestrebt, durch die Gestaltungen einzelner Werbeflächen oder Informationstafeln die Geschichte des jeweiligen Bahnhofs und die Verbindung zu anderen Orten der Erinnerung an die Mauer darzustellen.

Die hier vorgesehenen zentralen Punkte sind alle hervorragend durch direkte Bahnverbindungen miteinander verknüpft. Die dazugehörigen Bahnhöfe sind selbst Teil der Geschichte. Die **Bahnhöfe Nordbahn** und **Bernauer Straße** waren Geisterbahnhöfe zur DDR-Zeit und bieten jetzt den direkten Zugang zur Gedenkstätte Bernauer Straße von beiden Seiten. Denkbar wäre es, diesen gespenstischen Zustand durch großformatige Fotos auf den Werbeflächen zu dokumentieren. Der **Bahnhof Friedrichstraße** mit dem Tränenpalast – nur zwei Bahnstationen von der Bernauer Straße entfernt - war der innerstädtische Übergangspunkt in den jeweils anderen Teil der Stadt. Der **Bahnhof Kochstraße** der Punkt, an dem die Ausländer aussteigen mussten, um über den Grenzübergang Friedrichstraße in den Ostteil Berlins zu gelangen. Der neue **Bahnhof Brandenburger Tor** und die **Station Unter den Linden** – nur drei Bahnstationen von der Bernauer Straße/Nordbahnhof entfernt - ist ein Verkehrsknotenpunkt des neuen Berlin, der mit der Geschichte des Ortes verknüpft ist und die Gäste der Stadt anzieht. Von der Friedrichstraße aus mit durchgehendem Zug zum **Ostbahnhof** zu erreichen ist die East-Side-Gallery und in umgekehrter Richtung von hier aus alle anderen Mauerorte bis hinauf zur Bernauer Straße. Der **Potsdamer Platz** könnte in seinem großen Bahnhofsbaus die Geschichte dieses Ortes erzählen und zu den anderen Orten den Weg weisen, die hier

direkt angebunden sind (Brandenburger Tor/Unter den Linden/Friedrichstraße/Nordbahnhof).

Darüber sollte geprüft werden, ob und wie es möglich ist, an jene bizarre S-Bahn-Mauererfahrung zu erinnern, die an Streckenabschnitten entstand, wo die S-Bahn im Ostteil der Stadt zwischen Hinterland und Vorderlandmauer verlief und nicht wenige – meist gescheiterte - Fluchtversuche mit einer Notbremsung begannen (Bereich Bornholmer Straße).

### 5.11. Grenztopographie: Markierung/Mauerweg/Geschichtspfad

Anlässlich des 40. Jahrestages des Baubeginns der Berliner Mauer hat das Abgeordnetenhaus auf Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Senat aufgefordert, zu prüfen, „wie im Zuge des ehemaligen Zollweges entlang des ehemaligen Mauerstreifens in geeigneter Weise die Zeit der Teilung Berlins und Deutschlands dokumentiert werden kann“. Im Oktober 2001 stellte der Senat fest: Im Gegensatz zu den anderen Bestandteilen der Grenzanlagen ist das parallel zu Innenstadt- und Umlandmauer angelegte ehemalige Versorgungs- und Kontrollwegesystem größtenteils noch erhalten. Mit der Anlage eines um das ehemalige West-Berlin herumgeführten Rad- und Wanderweges soll es gesichert und dokumentiert werden.

Das Anliegen des Konzepts „Berliner Mauerweg“ ist es, nicht nur den Verlauf der ehemaligen Grenzanlagen der DDR rund um West-Berlin zu kennzeichnen und im wahrsten Sinne des Wortes erfahrbar zu machen, sondern „geschichtlich bedeutsame Orte und wertvolle Naturräume“ zu verbinden und dem Nutzer so „ein Angebot für Freizeit und Kultur, Erholung und Tourismus“ zu erschließen.

Ein touristisches Wegeleit- und Informationssystem soll die Hauptroute des Berliner Mauerwegs ausweisen. Zum einen wird der Verlauf der Berliner Mauer um das ehemalige West-Berlin herum mit dem Schild „Berliner Mauerweg“ gekennzeichnet werden. Dieses Schild wird wichtige touristische Hinweise zum Streckenverlauf anbieten. Zum anderen sind **15 Informationstafeln** geplant, die „geschichtlich bedeutsame Orte“ markieren und für den Besucher erschließen sollen.

Das Konzept für die Informationstafeln orientiert sich an dem der Geschichtsmeile Berliner Mauer. Der Besucher soll mit historischen Fotos und zweisprachigen Texten (deutsch / englisch) auf Orte hingewiesen werden, die

- durch ihre ehemalige Nutzung,
- ihre frühere bauliche Ausstattung,
- durch besondere Ereignisse oder
- alltagsgeschichtlich interessante Bedingungen

geeignet erscheinen, unterschiedliche Aspekte der Teilungsgeschichte exemplarisch zu erläutern.

Die geplanten Tafelstandorte sind:

1. Wachturm Hohen Neuendorf
2. Gedenkort Marinetta Jirkowski
3. ehemalige Grenzübergangsstelle Stolpe
4. Fichtewiese, Erlengrund
5. Franziskuskirche, Staaken
6. ehemalige Grenzübergangsstelle Staaken
7. Sacrower Heilandskirche
8. Enklave Klein-Glienicke
9. Exklave Teerstücken
10. Albrechts Teerofen
11. ehemalige Grenzübergangsstelle Drewitz
12. Kölner Damm
13. ehemalige Grenzübergangsstelle Waltersdorfer Chaussee

(Weitere mögliche Standorte: Kontrollstelle Teltowkanal / Kohlhasenbrück; Entenschnabel, Exklave DDR; Regionalbahnhof Staaken oder Eiskeller, Gr. Kienhorst, Exklave West-Berlin)

Der Berliner Mauerweg wird die bekannten Gedenkort und die Stationen der Geschichtsmeile Berliner Mauer verbinden. Er wird im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung durch die Grün Berlin Park und Garten GmbH, die Informationstafeln durch das Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart realisiert.

## 5.12. Kommunikation: Wegweisung/Audioguide/Internetportal

Die Erfahrung der Vergangenheit hat gezeigt, dass es erhöhter Anstrengungen zur Kommunikation der vielfältigen Mauerspuren bedarf, um sowohl die Berliner als auch auswärtige Besucher zu den entsprechenden Orten zu führen und dort die jeweiligen Informationen und Themenbereiche zu vermitteln.

Grundsätzlich sind folgende Medien zu berücksichtigen:

- Stadtinformationssysteme, Beschilderungen,
- Stadtpläne, Stadtführer, Bildbände, Info-Broschüren und –Flyer,
- Audiovisuelle Führungen,
- Stadtrundfahrten, Stadtrundgänge,
- Internetpräsentationen.

Es wird angestrebt, die Internetangebote aller öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen werden unter Berlin.de zu erschließen. Dieses Angebot sollte ebenso anderen Anbietern offen stehen bzw. mit diesen verlinkt werden. Bei Berlin.de wird es auch eine virtuelle Karte zu den Mauerspuren auf der Basis der Klausmeier/Schmidt-Studie geben. In der Karte sollen die einzelnen Orte angeklickt und weitere Informationen hinterlegt

werden. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Oberste Denkmalschutzbehörde, bereit derzeit diese Karte vor, die parallel zu den Ergebnissen der AG Mauergedenken angelegt und überarbeitet wird. Es ist anzustreben, die Informationen des Mauerweges, der Geschichtsmeile Berliner Mauer, die Dokumentation der Denkzeichen im Gedenken an die Maueropfer und historische Fotos bzw. Videosequenzen zu vernetzen.

Diese Informationen sollen zugleich an den einzelnen Erinnerungsorten medial abrufbar sein.

Eine wichtige Rolle der Informationsvermittlung wird der künftig weiter auszubauende Berliner Mauerweg haben, der alle Mauerorte miteinander verknüpft und kommentiert. Entsprechendes gilt für die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs, der die relevanten Mauerorte über seine Bahnhöfe miteinander verknüpft.

Gemeinsam mit privaten Anbietern soll über audio-visuelle Führungssysteme nachgedacht werden, die den interessierten Besucher kommentierend zu den jeweiligen Orten geleiteten und ihn vor Ort in vielen Sprachen informieren können. Möglicherweise könnte dies auch über private Handys und Handhelds mit GPS ermöglicht werden. Dieses System sollte dann auch auf die anderen historischen Orte, Gedenkstätten und Museen der Stadt ausgedehnt werden.

#### Anhang: Diskussionsbeiträge/Zuarbeiten

Prof. Dr. Manfred Wilke (FU Berlin), Dr. Hubertus Knabe (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen): Die Wunden der Teilung sichtbar machen. Vorschläge für ein Konzept der Erinnerung an die untergegangene SED-Diktatur, November 2004

Kokerei.de: Projekt Mauer aus Licht, November 2004/Januar 2005

Gabriele Camphausen: Überlegungen zum Umgang mit der Geschichte und den Relikten der Berliner Mauer, Sachstand – offene Fragen – Empfehlungen, Dezember 2004

Monica Geyler-von Bernus, Birgit Kahl, Oliver Schweinoch (Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart e.V.): Erinnerung an die Berliner Mauer im öffentlichen Raum, Übersicht der Erinnerungszeichen, Gedenkstätten und -orte im ehemaligen Mauerverlauf, Januar 2005

Prof. Dr.-Ing. Johannes Cramer (TU Berlin): Die Berliner Mauer. Strategie für die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zum Umgang mit den Resten des Kronzeugs für den Kalten Krieg, Januar 2005

Gabriele Camphausen/Rainer E. Klemke/Manfred Kühne: Handlungsfelder, Januar 2005

Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart e.V.: Erinnerung an die Berliner Mauer im öffentlichen Raum, Kommunikation, Januar 2005

Rainer E. Klemke: Thesen für ein Mauergedenkkonzept, 20. Januar 2005

Dorothee Dubrau (Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung in Berlin-Mitte): Berliner Mauer. Relikte und Spuren entlang der Bernauer Straße, Januar 2005

Dr. Dieter Vorsteher (Deutsches Historisches Museum): Berlin Checkpoint Charlie – Museum des Kalten Krieges in Europa, Februar 2005

Konrad H. Jaraus, Martin Sabrow, Hans-Herrmann Hertle (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam): Die Berliner Mauer – Erinnerung ohne Ort?, März 2005

Landesdenkmalamt Berlin: Denkmal Berliner Mauer, Auszug aus der Denkmalliste, Erläuterungen zur Eintragungsgeschichte, 31. März 2005

Maria Nooke (Dokumentationszentrum Berliner Mauer): Chronologie über den Entstehungsprozess des Gedenkstättenensembles in der Bernauer Straße, 7. April 2005